

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Zammelnnummer: 25 241
Nur für Nachgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Januar 1928 bei täglich zweimaliger Ausfertigung frei Haus 1,50 Mk. Vollbezugpreis für Monat Januar 3 Mark ohne Postausgabengebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Reklametexte 20 Pfg., außerhalb 25 Pfg., Obergangsgebühr 30 Pfg., Ausm. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden
Postfach-Rente 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Bedenklicher Zwischenfall im Burgenland.

Ungarische Waffengewalt gegen österreichische Zollbeamte. — Geheimer Maschinengewehrtransport.

Die Zollbehörde verläßt den Grenzbahnhof.

Wien, 2. Jan. Eine linkskehrende Morgenzeitung meldet aus Graz, daß sich in St. Gotthard, der auf ungarischem Gebiet gelegenen Station der Raabial-Bahn an der deutsch-ungarischen Grenze, am Sonntag ein Zwischenfall ereignete, der großes Aufsehen hervorgerufen hat.
Es trafen mit einem Güterzuge aus Verona fünf Waggons, deren Ladung als „Maschinenbestandteile“ deklariert war, in St. Gotthard ein. Die Waggons enthielten aber, wie sich herausstellte, zerlegte Maschinengewehre. Die österreichischen Zollbeamten verlangten nun daß die Waggons nicht weitergeschoben würden. Trotzdem schoben die ungarischen Bahndirektoren unter militärischer Bewachung die fünf Waggons mit den Maschinengewehren weiter und traten den österreichischen Zollbeamten, die sie daran hindern wollten, mit Waffengewalt entgegen. Die österreichische Zollbehörde hat nach dem Vorfall St. Gotthard verlassen, so daß die Rüge nicht mehr abgeklärt werden konnte. Weitere Nachrichten sind nicht zu erhalten, da das Telefon gestört ist.

Eine tschechische Erklärung.

Prag, 2. Jan. Das tschechisch-slowakische Presbüro berichtet: Zum Zwischenfall an der österreichisch-ungarischen Grenzzollstation St. Gotthard wird ergänzend mitgeteilt, daß die zerlegte Teile von Maschinengewehren enthaltenden Waggons aus Verona nach Slowakisch-Neustadt adressiert waren und im Transitwege über Oesterreich und Ungarn gesandt werden sollten. Tatsächlich sollten aber diese Waffen in Ungarn bleiben.

Abfuhr Dr. Beckers auch in Graz.

Eine Erklärung der tschechischen Hochschulleitenden.
Graz, 2. Jan. (Privatmeldung.) Der deutschen Studentenschaft in Graz ist von den Direktoren der drei tschechischen Hochschulen eine Entschließung zugegangen, in welcher zu der Verurteilung des preussischen Unterrichtsministers Dr. Becker zum Studentenrecht Stellung genommen

Ein besudelles Bismarck-Denkmal.

„Gelbentaten“ französischer Offiziere in Zweibrücken.
Zweibrücken, 2. Jan. In der Bevölkerung der Stadt Zweibrücken herrscht große Erregung über verschiedene Sachbeschädigungen, die sich 15 jüngere französische Offiziere haben zuschulden kommen lassen. Die Offiziere bewarfen das Bismarck-Denkmal mit Flaschen und besudelten den Denkmalsboden hart. Unter lautem Gesang zogen sie dann zu dem Brunnen am Hall-Platz, wo einer der Beteiligten in französischer Sprache eine Rede hielt, die von den übrigen mit Beifall aufgenommen wurde. An der Herzog-Brücke rissen die französischen Offiziere eine Warnungstafel für Kraftfahrzeuge herab. In der Hauptstraße entfernten sie das Aushängeschild eines Ladengeschäftes.

und u. a. erklärt wird die Direktoren der tschechischen Hochschulen schliehen sich der feinerzeitigen Kundgebung der Wiener Hochschulen vollinhaltlich an und werden auch ihrerseits für den großdeutschen Aufbau der deutschen Studentenschaft eintreten. Die Verluste, die nach langwierigen Kämpfen endlich hergestellte Einigkeit in der deutschen Studentenschaft wieder zu hören, bedeuten eine schwere Beschädigung nicht nur der gesamten deutschen, sondern auch der tschechischen Studentenschaft, weil die letztere bei Aufrechterhaltung der von der preussischen Unterrichtsverwaltung verlangten Aenderung der Satzungen der deutschen Studentenschaft aus dem tschechischen Gesamtverband ausscheiden müßte. Dadurch würde ein überaus wertvolles kulturelles Band und eine der wichtigsten Stützen für die tschechische Studentenschaft und für das Grenzlanddeutschum verloren gehen.

Die österreichisch-deutschen Verhandlungen über das Strafrecht, die im November in Wien begonnen haben, werden vom 14. bis 16. Januar im deutschen Reichstage unter Leitung von Prof. Dr. Kahl fortgesetzt. An den Verhandlungen nehmen sechs Vertreter des österreichischen Nationalrates und zehn Vertreter des deutschen Reichstages teil.

Das politische Theater im Elsaß.

(Von unserem Straßburger Korrespondenten.)

So viel Geschrei zuerst in den Pariser und elsässischen Propagandablättern über das angebliche Ergebnis der Massenhandlungen in den ersten Tagen gemacht worden ist, so still beginnt es bereits darüber zu werden. Es steht heute schon außer jedem Zweifel, daß der Erfolg des „Sturmangriffs“ mehr als mächtig sein wird, während auf der anderen Seite der elsässisch-lothringischen Bevölkerung nun völlig klar geworden ist, wessen sie sich von den französischen „Befreierern“ zu versehen haben. Das „Komplotz gegen die Sicherheit des Staates“ existiert nur in der Phantasie der Pariser Regierung und ihrer Einbläser. Gewiß gibt es in Elsaß-Lothringen Autonomisten, sehr viele sogar. Man gewöhne dem Volke das Recht, sich darüber zu erklären, wie es seine Verhältnisse geordnet zu haben wünscht, und man wird sehen,

eine vernichtende Mehrheit autonomistisch gesinnt ist. Aber von da bis zur Gefährdung der Sicherheit des Staates ist ein weiter Schritt. Man hatte es bei den Handlungen vor allem auf die angeblichen Waffentlager abgesehen und daneben auf die Beweise für das Verbotene des deutschen Geldes. Die ganze öffentliche Meinung in Frankreich ist davon überzeugt, daß es nur eine Ursache der gewaltigen Unzufriedenheit in Elsaß-Lothringen geben kann: die deutsche Propaganda, das deutsche Geld. Die Franzosen werden es eben nie begreifen, daß die Elsaß-Lothringer sich unter der französischen Herrschaft nicht wohl fühlen können. Dauchen verfolgt Poincaré mit diesem neuen Spektakelstück den Zweck, die autonomistische Bewegung vollständig niederzuknüppeln und wenigstens für die in Aussicht stehenden Wahlen unmaßig zu machen. So hofft man, die Welt noch einmal ein „französisches Elsaß“ vorführen zu können. Daran hat auch der Künigel in unserem Lande ein großes Interesse, der bis jetzt an der Macht war, der davon riesigen Profit hatte, dessen Leute an der immer vollen Krippe sitzen und der sich durch die autonomistische Bewegung in seiner Stellung bedroht sieht. Auf dieses Gefindel, das zum größten Teil aus Innerfranzosen, zum kleineren aus Einzelheimischen und zum Teil aus Leuten deutscher Abkunft besteht, kann sich Poincaré stützen. Lassen wir ihm das Vergnügen! Es wird trotz und alledem nicht mehr lange dauern!

Das elsässisch-lothringische Volk läßt sich auch durch den schlimmsten Terror nicht unterkriegen.

Wie brutal ist die französische Macht an dem „historischen“ Weihnachtsabend in den angeblich „befreiten“ Provinzen wieder in die Erscheinung getreten! Wie hat sie in den allermeisten Wohnungen „gebaut“! Die Wohnungen älteren nach der Durchsuchung vom Keller bis zum Zweiten Stock. Alles wurde funterbunt durcheinandergeworfen. Ebenso wurde alles mitgenommen, was irgend von Wert schien. Ueberall wurden Säcke gefüllt und auf Autos verladen, verpackt und dem Untersuchungsrichter in Mülhausen zugeführt. Aus den Geschäftsräumen der „Zukunft“ wurden drei Sätze voll Zeitungen fortgeschleppt, bei dem Präsidenten der unabhängigen Landespartei, Dr. Ross wurden wahllos Zeitungen, Bücher, ein Brief und allerhand Aufwertwürde, auch ein Protest an den französischen Ministerrat wegen Unterdrückung der autonomistischen Zeitungen mitgenommen. Was hat man weiter gefunden? Die Satzungen der katholischen Volkspartei nebst Programm, die Satzungen der katholischen Studentenzirkel, das Statut der nationalen Minderheiten in Frankreich (vielleicht macht man jetzt auch Hausdurchsuchungen bei den französischen Klamen, bei den Bretonen und Korsen). Bei mehreren Geistlichen beschlagnahmte man den Briefwechsel zwischen ihnen und dem Bischof, weiter fand man ein Flugblatt aus Lothringen, das zur Gründung einer neuen Partei gegen die bisherige katholische Volkspartei aufruft. Darin ist dargetan, daß die Abgeordneten dieser Partei die lothringischen Interessen nicht mit Rücksicht auf die Partei selbst das Wort kritisch aus ihrem Namen entfernt habe. Dann wird festgehalten, was die neue Partei will. Bei einem der lothringischen Pfarrer wurden Aufzeichnungen über eine Reise in die Bretagne gefunden. Danach haben sich bretonische Geistliche folgenbermaßen geäußert: „Hätten wir statt des Meeres Deutschland im Rücken, dann hätten wir die französischen Schwelnhunde schon längst zu unserem Lande hinausgeschickt.“ (Es kann gar nichts schaden, wenn man auf diese Weise die wahre Gesinnung der Bretagne in Paris kennenlernt.)

In einem Falle wurde ein Stück Band eines Eisernen Kreuzes gefunden und als „sehr interessantes Beweisstück“ der beschlagnahmten Sammlung einverleibt. Wieder in einem anderen Falle dagegen schien der Staatsanwalt für ein ganzes Paket der bekannten „Histoires d'un Ance“, in denen die

Neue Linksattade gegen Dr. Gekler.

Wegen eines Korrespondenzbüros

Angeklagt 200 000 Mk. Zuschüsse des Reichswehrministers.
Berlin, 2. Jan. Der durch übertriebene Reichswehrschreie immer wieder hervorgebrachte „Montanmorgen“ bringt in großer Aufmachung einen Bericht seines Nürnberger Berichtserklärs, wonach Reichswehrminister Dr. Gekler seit vielen Jahren in München ein Korrespondenzbüro unterhalten soll, das ihm in ungenutzten Verhältnissen habe. Es soll sich um einen Gesamtbetrag von rund 200 000 Mark handeln.

Zu dieser Meldung wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Der Süddeutsche Zeitungsdienst ist tatsächlich mit Unterstützung Dr. Geklers, der damals noch Reichstagsabgeordneter war und ein bayrisches Mandat vertrat, gegründet worden. Die Gründung dieser Korrespondenz, fällt in die Zeit schwerer innerpolitischer Krisen. Es sei daran erinnert, daß damals starke Strömungen für eine Abtrennung Bayerns vom Reich sich geltend gemacht haben. Aufgabe dieser Korrespondenz war es, diesen Strömungen in der bayrischen Öffentlichkeit entgegenzutreten und für einen Ausgleich der damaligen Gegensätze zwischen dem Reich und Bayern zu wirken. Auf Vermittlung Geklers sind wiederholt Unterstützungsgelder aus Reichsfonds gegeben worden. Man legt aber Wert auf die Feststellung, daß diese Gelder nicht aus irgendwelchen Fonds oder Etatsmitteln des Reichswehrministeriums stammen. Soweit die Vermittlung Dr. Geklers in Frage kommt, hat er dabei nicht in seiner Eigenschaft als Wehrminister gehandelt. Weiter wird darauf hingewiesen, daß alle maßgebenden und zuständigen Stellen im Reich von diesen Vorgängen unterrichtet gewesen sind. Die Unterstufungen sind mit Zustimmung dieser Kreise erfolgt.

Um den Antikriegspakt.

Frankreich, amerikanische Verhandlungen schon im Gange?
Paris, 2. Jan. Am Sonntagabend soll ein wichtiges Telegramm des französischen Vorkämpfers in Washington, Claubel, eingetroffen sein, wonach die amerikanische Regierung abschnellend bereit ist, zwei verchiedene Verträge mit Frankreich abzuschließen:
1. Der Schiedsgerichtsvertrag von 1908 würde eine neue Form erhalten durch Anfügung einer Präambel. Frankreich und Amerika würden sich nach

dem neuen Vertrag verpflichten, alle zwischen ihnen entstehenden Differenzen schiedsgerichtlicher Entscheidung zu unterbreiten, mit dem Vorbehalt, daß folgende Fragen ausgenommen bleiben: Fragen, die sich aus innerpolitischen Entscheidungen ergeben, Fragen, die eine dritte Macht berühren, und Fragen, die sich auf die Anwendung der Monroe-Doktrin beziehen.

2. Ein Vertrag, enthaltend eine Erklärung der Unterzeichner, zur Lösung internationaler Differenzen nicht zu um Kriegs zu schreiten.

In amerikanischen Kreisen wird erklärt, daß Staatssekretär Kellogg einen persönlichen Brief an Briand geschickt habe, worin er seine Idee preisgibt.

Die Zusammenkunft Briand—Mussolini.

Wien, 2. Januar. Nach offiziellen Informationen soll die Zusammenkunft Mussolini—Briand zwischen dem 18. und 22. Januar stattfinden, und zwar vor dem Zusammentritt der nächsten Völkervereinigung.

Buroff über Bulgariens Politik.

Sofia, 2. Jan. Außenminister Buroff äußerte sich über seine Geser Unterredung mit Michalakopoulos dahin, daß über die Schaffung einer Eisenbahnverbindung zwischen Bulgarien und Saloniki verhandelt worden sei.

Ueber die Beziehungen zu Jugoslawien erklärte Buroff, es sei verständlich, wenn in Zeiten großer Nervosität Jugoslawien aus politischen Gründen die Grenze gesperrt habe. Wenn die Grenze jedoch monatelang gesperrt bleibe, so erhalte diese Maßnahme politischen Charakter. Er erwarte jedoch hier eine baldige Aenderung. Buroff unterließ dann den Willen Bulgariens, mit Jugoslawien gute Beziehungen aufrecht zu erhalten. Die französischen Versuche zur Herbeiführung einer jugoslawisch-bulgarischen Verständigung bekräftigte der Minister.

Ueber seine Geser Unterredung mit Stresemann sagte Buroff, daß dieser für die Velden Bulgariens größte Teilnahme gezeigt habe.

Parker Gilberts Rückreise nach Berlin. Parker Gilbert verläßt am Dienstag Washington und tritt am Freitag die Rückreise nach Berlin an.